

Gegen Orbán, EU und IWF

Was geht wirklich in Ungarn vor?

Erklärung der Ungarischen Kommunistischen Arbeiterpartei

Am 1. Januar 2012 ist in Ungarn eine neue Verfassung in Kraft getreten. In Verbindung damit wurden in der westlichen Presse viele Nachrichten verbreitet, die besagen, daß die Entwicklungen in Ungarn »zu einer Verarmung der Menschen« führen und »trotz der Kritik der EU und der USA die Demokratie bedrohen und den Zugriff . der Regierung auf die Medien und die Justiz verstärken«.

Am 2. Januar fand vor dem Opernhaus in Budapest eine große Demonstration statt. Der offizielle Organisator der Demonstration, die neu geschaffene Ungarische Solidaritätsbewegung (SZOLIDARITÁS), hat einige Dutzend Mitglieder. Ihr Chef ist der frühere Vorsitzende der Gewerkschaft der Armee und Polizei, er selbst ist ein früherer Armeeeoffizier, der u.a. an einer Militärakademie der USA ausgebildet wurde.

Hinter der Demonstration stehen die Ungarische Sozialistische Partei (MSZP), ebenso liberale Kräfte und »Bürgerorganisationen«, die von ihnen gebildet wurden. An dieser Demonstration hat keine einzige Organisation teilgenommen, die wirklich gegen Armut, für den Schutz von armen Familien und gegen die Räumung von Wohnungen kämpft, und auch keiner der traditionellen Studentenverbände. Weder die Bewegung der Agrar-Arbeiter, noch die Gewerkschaften waren anwesend. Unter den Losungen dieser Demonstration war nichts zu lesen über das neue Arbeitsgesetz, kein Protest gegen den Druck des IWF und dessen Einmischung in ungarische Angelegenheiten. Die Reaktion der westlichen Medien ist ein Ergebnis derselben Quellen, die früher die sozialistisch-liberale Regierung und deren Austeritätspolitik unterstützt haben.

Aber was geht tatsächlich in Ungarn vor?

1. Im April 2010 hat der konservative Fidesz - Ungarischer Bürgerbund die Parlamentswahlen gewonnen und die frühere Regierung der sozialistisch-liberalen Koalition unter Führung der MSZP abgelöst.

Die im Parlament vertretenen Parteien betrachten die Wahlen von 2010 als Wendepunkt in der ungarischen Geschichte. Der Fidesz (die heutige Regierungspartei hat ihren ursprünglichen Namen »Bund Junger Demokraten« bis heute beibehalten und lediglich mit dem Beinamen »Ungarischer Bürgerbund« ergänzt) erklärte die Wahlen zum »Beginn einer neuen Revolution«. Die Sozialisten und ihre Verbündeten betrachten sie als »Beginn der Autokratie und Diktatur«.

2. Die Ungarische Kommunistische Arbeiterpartei erklärt, daß die wirkliche historische Wende nicht 2010, sondern in den Jahren 1989-1990 stattfand, als der Sozialismus in Ungarn beseitigt wurde. Es handelte sich um eine kapitalistische Konterrevolution. Die Macht der Arbeiterklasse wurde ersetzt durch die Macht der Kräfte des Kapitalismus. Industriebetriebe und Banken, die sich in Gemeineigentum befanden, sowie kollektive landwirtschaftliche Betriebe wurden privatisiert, Ungarn trat 1999 der NATO bei und wurde 2004 Mitglied der EU. Das kapitalistische System

auf der Grundlage der privaten Wirtschaft und der bourgeoisen Demokratie wurde stabilisiert.

Es war der Übergang vom Sozialismus zum Kapitalismus, der zu einer allgemeinen Verarmung der ungarischen Menschen führte. Ungarn hat eine Bevölkerung von zehn Millionen Menschen. 1,5 Millionen leben heute unterhalb der Armutsgrenze, was bedeutet, daß sie von einem Monatseinkommen von weniger als 200 Euro leben müssen. Fast vier Millionen Menschen leben von einem Einkommen von 250 Euro pro Monat. Die Zahl der Arbeitslosen wird offiziell mit 500000 angegeben, tatsächlich gibt es mehr als eine Million Menschen, die keinerlei Chance haben, eine Arbeitsstelle zu finden.

Die Einschränkungen der Demokratie begannen nicht 2010, sondern 1989-1990. Politische Kräfte, die gegen das kapitalistische System kämpfen, in erster Linie die Kommunisten, haben keinerlei Zugang zu den öffentlichen Medien. Symbole wie der rote Stern, Hammer und Sichel wurden -als »Symbole der Tyrannei« - bereits 1993 verboten. 2007 wurde die gesamte Führung der UKAP wegen »öffentlicher Verleumdung« angeklagt. Antikommunistische Kampagnen gab es in der gesamten Zeit, unabhängig davon, welche bürgerliche Partei an der Regierung war.



Budapest, 1. Mai 2011: Mit der roten Fahne zur Demonstration

3. Die kapitalistische Klasse Ungarns verfügt über unterschiedliche Parteien, um ihre Interessen vertreten zu lassen. Einerseits gibt es den Fidesz, der die Interessen der konservativen, nationalistisch eingestellten Teile der Kapitalistenklasse vertritt. Dieser Teil ist traditionell in Richtung Deutschland orientiert.

Auf der anderen Seite gibt es die Ungarische Sozialistische Partei (MSZP) und die Partei »Eine andere Politik ist möglich« (LMP), die den liberalen und den

sozialdemokratisch gesinnten Teil der Kapitalistenklasse vertreten. Sie stehen den USA und Israel näher.

Der Wettstreit zwischen beiden Teilen der ungarischen Kapitalistenklasse hat tiefe historische Wurzeln. Vor 1989 gab es zwei Hauptrichtungen der antisozialistischen Oppositionsbewegung: die nationalistisch eingestellte konservative Linie und die liberale Strömung. Im Jahre 1990 wurde die erste kapitalistische Regierung durch die Konservativen gebildet. Zu jener Zeit vereinbarten die Liberalen eine langfristige Zusammenarbeit mit der MSZP als einer rechtsgerichteten sozialdemokratischen Partei. Viele der führenden Funktionäre dieser Partei kamen aus der sozialistischen Zeit, aber sie hatten ihre Einstellung grundsätzlich verändert und viele von ihnen wurden selbst reiche Kapitalisten.

Nach der Beseitigung des sozialistischen Systems schufen die Kräfte des Kapitalismus eine neue politische Struktur, die bis 2010 fortbestand. Sie basierte auf folgenden Prinzipien;

- die nationalistisch eingestellten konservativen Kräfte einerseits und die Liberalen zusammen mit den Sozialisten wechseln sich in der Regierung ab,
- keine der beiden Seiten kann die absolute Macht bekommen,
- sie verhindern, daß antikapitalistische Kräfte in das Parlament einziehen,
- sie respektieren die Verpflichtungen in Bezug auf die Mitgliedschaft in der NATO und der EU, und es gibt keinerlei Dispute über außenpolitische Fragen.

Alle Parlamentswahlen zwischen 1990 und 2006 haben ein eindeutiges Gleichgewicht zwischen den beiden Gruppen von Parteien gezeigt. Die Situation verschärfte sich in dramatischer Weise nach 2006. Es stellte sich heraus, daß sich der ungarische Kapitalismus in einer tiefen Krise befindet. Das hat drei wesentliche Ursachen. Erstens ist die ungarische Wirtschaft völlig von ausländischem Kapital abhängig. Zweitens sind die Menschen in Ungarn arm, sie haben ihre Reserven aufgebraucht. Und drittens ist die Korruption zu einem ernststen Problem geworden, das das normale Funktionieren des Staates paralyisiert.

Spätestens 2010 haben die kapitalistischen Kräfte erkannt, daß die sozialistisch-liberalen Kräfte nicht in der Lage sind, die Stabilität des Kapitalismus zu garantieren und soziale Explosionen zu verhindern. Aus diesem Grund haben sie entschieden, die sozialistisch-liberale Koalition auszutauschen und dem Fidesz den Weg zur Regierung zu ebnen.

Die wichtigste Aufgabe des konservativen Fidesz und der von ihm unter Viktor Orbán gebildeten Regierung bestand darin, jegliche Bewegungen wie in Griechenland zu verhindern. Der Fidesz gewann die Wahlen mit Losungen über Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit etc. Die Mehrheit der Menschen war zutiefst unzufrieden mit der sozialistisch-liberalen Regierung. Der Fidesz konnte sie leicht manipulieren und erhielt eine Zwei-Drittel-Mehrheit der Sitze im neuen Parlament.

4. Die konservative Regierung hat Änderungen in verschiedene Richtungen umgesetzt;

Sie stärkte ihre eigene Klassen-Basis. Der Fidesz setzte seine Leute auf alle Positionen im politischen Leben, in den Medien und in der Kultur. Die Partei deklarierte ihre Absicht, eine neue Mittelklasse zu schaffen.

Sie kam den nationalistischen Kräften in Ungarn dadurch entgegen, daß sie die doppelte Staatsbürgerschaft für Bürger ungarischer Nationalität im Ausland einführt und neue Gedenkveranstaltungen schuf, die an den Friedensvertrag von Trianon von 1920 erinnern, auf den die Nationalisten sich wieder berufen möchten.

Sie vollführte eine eindeutige Wende zu konservativen und nationalistischen Traditionen in der Politik, der Kultur und im Bildungswesen.

Es wurde entschieden, eine soziale Explosion mit unterschiedlichen Mitteln zu verhindern. Erstens wurde ein neues Arbeitsgesetz eingeführt, das den Kapitalisten viel größere Rechte einräumt und die Arbeiter praktisch zu Sklaven macht. Zweitens vertieften sie die Spaltung der Arbeiterklasse, indem sie den Eisenbahnern mehr Geld zugestanden und den Mindestlohn erhöhten. Drittens schlossen sie Abkommen mit den wichtigsten Gewerkschaftsverbänden. Diese konnten ihre Privilegien behalten und gaben dafür gleichzeitig den wirklichen Klassenkampf endgültig auf.

Die neue Regierung hat eine weitere allgemeine Kampagne des Antikommunismus eingeleitet. Im Jahre 2010 wurde das Strafgesetzbuch geändert. Es wird angeordnet, daß Kommunismus und Faschismus auf eine Stufe zu stellen seien und daß jene, die »die Verbrechen des Kommunismus und des Faschismus« leugnen, mit bis zu drei Jahren Gefängnis bestraft werden können.

In den letzten Tagen des Jahres 2011 wurde ein neues Gesetz beschlossen, das den Prozeß des Übergangs zur neuen Verfassung regelt. Unter anderem wird dort festgestellt, daß die Periode des Sozialismus (1948-1990) illegitim und voll von Verbrechen gewesen sei. Menschen, die im Sozialismus verantwortliche Positionen innehatten, können angeklagt und bestraft werden. Ihre Renten können gekürzt werden. In dem Gesetz wird festgestellt, daß die gegenwärtige Ungarische Sozialistische Partei als Rechtsnachfolgerin der führenden Partei in der sozialistischen Periode die volle Verantwortung trägt für alles, was in jener Zeit geschehen ist. Es ist noch nicht klar, welche Konsequenzen daraus folgen können.

5. Die sozialistisch-liberalen Kräfte haben jüngst einen ernsten Gegenangriff gegen die Regierung gestartet. Die Sozialistische Partei hat dazu eine Reihe von Losungen und sozialen Forderungen von der Ungarischen Kommunistischen Arbeiterpartei übernommen. Sie ist dazu übergegangen, die traditionelle rote Farbe der Kommunisten zu benutzen.

Die Sozialisten und die Liberalen haben begonnen, neue Bürgerorganisationen und Bewegungen zu gründen. Im Oktober 2011 wurde die Ungarische Solidaritätsbewegung mit einer eindeutigen pro-sozialistischen Orientierung geschaffen. Es wurde eine neue Forderung aufgestellt: Nieder mit der Orbán-Regierung! Die Absicht besteht darin, eine neue sozialistisch-liberale Bewegung ins Leben zu rufen.

6. Die USA haben sich offen in die inneren Angelegenheiten Ungarns eingemischt. Die Botschafterin der USA in Budapest kritisiert offen die Regierung und unterstützt die Position der sozialistisch-liberalen Kräfte. Außenministerin Clinton tat das auch mit einem Brief vom 23. Dezember 2011. Der Brief wurde von der liberalen Presse veröffentlicht.

7. Die Ungarische Kommunistische Arbeiterpartei stellt fest: Der ungarische Kapitalismus befindet sich in der Krise. Die allgemeine Krise des Kapitalismus in Europa verschlechtert die Lage in Ungarn noch mehr und macht die weitere Entwicklung unvorhersehbar.

Die ungarische Kapitalistenklasse hat begriffen, daß ein möglicher Kollaps des Euro-Systems oder der EU selbst zu sozialen Explosionen führen würde, die noch dramatischer wären als die Ereignisse in Griechenland. Sie weiß, daß die Menschen unzufrieden sind und viele von ihnen der Meinung sind, daß es ihnen im Sozialismus besser ging als im heutigen Kapitalismus. Sowohl die konservativ als auch die sozialistisch-liberal eingestellten Gruppen des Kapitals sind daran interessiert, jegliche soziale Explosionen zu verhindern. Sie unterscheiden sich nicht in ihren Absichten, sondern lediglich in den Methoden, die sie anzuwenden versuchen,

Was gegenwärtig in Ungarn vor sich geht, ist auf der einen Seite der gemeinsame Kampf der Kapitalistenklasse gegen die arbeitenden Menschen, und

auf der anderen Seite ein Kampf zwischen zwei Gruppen der Kapitalistenklasse. Vor allem jedoch ist es ein Ausdruck des Kampfes zwischen führenden kapitalistischen Mächten, den USA und Deutschland, um die Vorherrschaft in Europa.

Die Ungarische Kommunistische Arbeiterpartei unterstützt keine der bürgerlichen Parteien. Wir erklären eindeutig, daß die wichtigsten Probleme der arbeitenden Menschen in der Arbeitslosigkeit, in niedrigen Löhnen, hohen Preisen, in der kapitalistischen Ausbeutung und in den unsicheren Zukunftsaussichten bestehen. Die Probleme sind die Folge des Kapitalismus. Die kapitalistische Regierung kann und will sie nicht lösen. Die einzig mögliche Lösung für die Probleme der arbeitenden Menschen ist der konsequente Kampf gegen den Kapitalismus und für eine sozialistische Perspektive.

Die Ungarische Kommunistische Arbeiterpartei unterstützt keine der Manifestationen der Sozialisten und der Liberalen. Deren Ziel besteht nicht darin, den Kapitalismus zu beseitigen. Ihr Ziel ist lediglich, die konservative kapitalistische Regierung gegen eine sozialistisch-liberale kapitalistische Regierung auszutauschen. Die Ungarische Kommunistische Arbeiterpartei unterstützt auch nicht den Fidesz. Dessen Ziel ist es nicht, eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen, sondern den Kapitalismus zu reformieren und zu stärken.

Die Ungarische Kommunistische Arbeiterpartei sieht ihre Aufgabe und Verpflichtung darin, den Menschen zu erklären, daß es nur einen Weg zur Lösung ihrer Probleme gibt. Wir müssen gegen den Kapitalismus kämpfen. Wir wollen überall anwesend sein, wo die arbeitenden Menschen sind. Wir wollen sie unterstützen in den alltäglichen Dingen, mit dem Ziel, ihr Vertrauen auch in Bezug auf die großen Themen zu gewinnen.

Wir werden sämtliche Bemühungen revisionistischer und opportunistischer Kräfte entlarven, die lediglich die arbeitenden Menschen manipulieren und sie für die Sache der Sozialdemokratie gewinnen wollen.

In Ungarn besteht keine revolutionäre Situation. Aber die Dinge können sich in Europa und in Ungarn zum Schlechteren entwickeln. Darum bereiten wir unsere Partei, unser Mitglieder und Sektionen auf einen radikaleren Klassenkampf vor, der jederzeit beginnen kann. Wir sind überzeugt, daß all das mit unserer gemeinsamen Position übereinstimmt, auf die wir uns beim 13. Internationalen Treffen der kommunistischen und Arbeiterparteien geeinigt hatten.

t Das Präsidium der Ungarischen Kommunistischen Arbeiterpartei